

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Druck und Verlag:
Auer Druck- und Verlags-
gesellschaft m. b. H., Riesa,
Telegraphen-Adresse:
Erzgebirgische Anzeiger-
Anstalt Riesa Nr. 21.

Bezugspreise: Durch unsere Agenten frei ins Haus monatlich 2.70 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.40 Mk. Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt vierteljährlich 6.70 Mk., monatlich 1.70 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 5.00 Mk., monatlich 1.30 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsdrucker und Anzeigerstellen, sowie alle Poststationen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind für die ersten drei Tage 10 Pf., für die folgenden vier Tage 8 Pf., für die folgenden vier Tage 6 Pf., für die folgenden vier Tage 4 Pf., für die folgenden vier Tage 3 Pf., für die folgenden vier Tage 2 Pf., für die folgenden vier Tage 1 Pf. Die Anzeigenpreise sind für die ersten drei Tage 10 Pf., für die folgenden vier Tage 8 Pf., für die folgenden vier Tage 6 Pf., für die folgenden vier Tage 4 Pf., für die folgenden vier Tage 3 Pf., für die folgenden vier Tage 2 Pf., für die folgenden vier Tage 1 Pf. Die Anzeigenpreise sind für die ersten drei Tage 10 Pf., für die folgenden vier Tage 8 Pf., für die folgenden vier Tage 6 Pf., für die folgenden vier Tage 4 Pf., für die folgenden vier Tage 3 Pf., für die folgenden vier Tage 2 Pf., für die folgenden vier Tage 1 Pf.

Nr. 38

Montag, den 16. Februar 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Wie es heißt, sollen die Alliierten auf die Auslieferung verzichten und dem deutschen Vorschlag vom 25. Januar annehmen.

Wie der Dolmetscher zuverlässig erfahren haben will, sei gestern im Laufe des späten Nachmittags auf der englischen Botschaft in Berlin die Antwortnote an Deutschland über die Auslieferung der Kriegsschuldigen eingetroffen.

Der Reichsfinanzminister fährt heute in Begleitung des Eisenbahn- und Arbeitsministers und des Unterstaatssekretärs Albert in das Ruhrgebiet zu Verhandlungen über die Erhöhung der Kohlenproduktion.

Der Völkerbundsrat hat beschlossen, eine internationale Konferenz zur Besprechung der Finanzkrisis einzuberufen und einen internationalen Gerichtshof zu errichten.

Verzicht auf die Auslieferung?

Nach den Mitteilungen, die die Pariser Presse von dem Sonderberichterstatter erhält, die Ministerpräsident Millerand nach London begleitete, ist am Freitag die Antwort der Alliierten auf den am 25. Jan. gemachten deutschen Vorschlag fertiggestellt und nach Berlin telegraphisch übermitteln worden. Es scheint, daß die Note durch den französischen und englischen Gesandten in Berlin überreicht und nicht wie bisher durch den Generalsekretär der Friedenskonferenz dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris übermitteln werden soll. Es scheint, daß die Note durch den französischen und englischen Gesandten in Berlin überreicht und nicht wie bisher durch den Generalsekretär der Friedenskonferenz dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris übermitteln werden soll. Es scheint, daß die Note durch den französischen und englischen Gesandten in Berlin überreicht und nicht wie bisher durch den Generalsekretär der Friedenskonferenz dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris übermitteln werden soll.

Wenn sich die französischen Meldungen bestätigen, daß der deutsche Vorschlag angenommen wäre, so würden die Schuldigen in Deutschland unter Hinzuziehung alliierter Organe beurteilt werden; das würde eine vollständige diplomatische Niederlage Frankreichs bedeuten. Auch die Antwort Millerands auf die Frage, ob er die jüngste Drohnote in der Kohlenfrage in Übereinstimmung mit den Verbündeten abgehandelt habe, ist sehr bemerkenswert. Millerand kann diese Frage nicht bejahen, sondern erklärt nur, er habe als Chef der französischen Regierung gehandelt und nichts mehr. Darin liegt das Eingeständnis, daß Millerands Note, die bekanntlich im Widerspruch zu den Friedensbedingungen steht, in London nicht gebilligt worden ist.

Aburteilung der Schuldigen in Leipzig.

Aus italienischen Kreisen wird der Agentur Sabatini gemeldet, daß die Londoner Konferenz beschlossen habe, die Schuldigen unter Kontrolle der Alliierten in Leipzig aburteilen zu lassen. Sie würden also auf die Auslieferung verzichten und den von den Deutschen am 25. Januar gemachten Vorschlag mit einigen Abänderungen annehmen.

Der Sieg der praktischen Politik.

Gaut Telegraf erklärte der belgische Ministerpräsident Delacroix in London in einer Unterredung mit dem Vertreter des Neuterdienstes zur Frage der Auslieferung der Kriegsverbrecher, die Regierungen der Alliierten seien von der gebieterischen Notwendigkeit überzeugt, eine praktische Politik zu führen und sich nicht allein von Gefühlen leiten zu lassen. Es müsse eine Atmosphäre von Frieden und

Freiheit geschaffen werden. Um dies zu erreichen, müsse man sich halten, Maßnahmen zu ergreifen, welche den Frieden und die Ordnung fördern könnten.

Keine einjährige Auslieferung verlangt.

Wie die Pariser Morgenblätter vom Sonnabend melden, wird die Note über die Auslieferung durch den englischen Geschäftsträger in Berlin überreicht werden. Das Schriftstück ist von dem Präsidenten der jetzigen Konferenz in London, Lord Grey, unterzeichnet. Der Sonderberichterstatter des Matin sagt, die Note werde nicht vor Montag abend veröffentlicht werden. Saint Price sagt im Journal, das Auslieferung verlangt sei fallen gelassen worden für sämtliche Angehörigen ohne Ausnahme. Die Note an die holländische Regierung werde noch nicht abgesandt, weil der Text gestern noch nicht festgelegt worden sei.

Der Kurs zum Frieden.

D.M. Stimmen der Vernunft werden laut. Wenn auch vorerst noch im kleinen Umfang, wir wollen uns keinen falschen Hoffnungen hingeben, es wird vorerst noch nicht gelingen, die Stimmung des Hasses und die Vernichtungsabsichten zu beseitigen. Aber soviel können wir noch hoffen, daß im Kampf der Vernunft gegen den Haß die Vernunft schließlich Sieger bleiben wird. Dieser Kampf hat nunmehr begonnen. Wir haben das erste Stadium der Verhandlungen des englischen Unterhauses erlebt. Lord Curzon's Rede bedeutete nicht mehr und nicht weniger als eine Abkehr von der Revisionspolitik Frankreichs, als eine Abkehr von dem Programm des Wirtschaftskrieges über den Krieg hinaus. Diese Meinungsäußerung des führenden englischen Staatsmannes hat Bedeutung weit über den Tag hinaus, sie bedeutet eine Kursänderung zum Frieden, und ist so auch von den Bundesgenossen über dem Kanal verstanden worden. Freilich gab es hier als erste Folge ein Wutgeheul aller nationalistischen Blätter, ein Toben aller derer, die auf Clemenceau und seine Gesinnungsschwärmer haben. Und doch auch in Frankreich wird die Vernunft eines Tages erwachen. Auch hier sind Anzeichen dafür vorhanden. Es sei nur erwähnt, daß der Tempel zu den Londoner Beratungen in der Weiße Stellung nimmt, daß er sagt, es gäbe eigentlich Wichtigeres als diese Besprechungen. Und das Blatt berichtet weiter die Auffassung, daß Frankreich an Deutschlands wirtschaftlicher Gesundung großes Interesse habe und daß man Deutschland Kredite und Rohstoffe beschaffen müsse. Immerhin: was schon einleitend gesagt wurde, muß beachtet werden: einstweilen handelt es sich nur um einzelne Stimmen derer, die zur Vernunft mahnen. Im englischen Unterhaus ist die Entscheidung, die auf Abänderung des Versailleser Vertrages lautete, mit 254 gegen 60 Stimmen abgelehnt worden. Von der Unmöglichkeit, den Versailleser Vertrag zu erfüllen, sind wohl heute bereits schon größere Kreise überzeugt, als es sich hier im Abstimmungsresultat kundtut. Doch hält man offenbar die Zeit zu einem solchen Eingeständnis noch nicht für gekommen. Dessen sind wir aber gewiß: Die Zeit arbeitet für uns. Die Folgezeit wird es lehren, daß wir den Versailleser Vertrag nicht erfüllen können. Die Zukunft wird zeigen, daß das Werk von Versailles unbedingt einer Revision unterzogen werden muß. Wir haben jetzt die erste Krise wegen der Auslieferungfrage, die ja nun, wie obenstehende Meldungen zeigen, überwunden sein soll, aber schon bei dieser ersten Krise zeigte sich auf alle Bewusstheit, daß es der deutschen Regierung unmöglich ist, die Unmöglichkeit des Vertrages zu erfüllen. Woju also das falsche Theater? Woju die ganz unangebrachte Prestigepolitik? Wenn jetzt eine vernünftige Einigung in der Auslieferungfrage erfolgen könnte im Sinne unserer Note vom 25. Januar, so wird sich auch in den folgenden Fragen, den guten Willen auf beiden Seiten vorausgesetzt, eine Einigung erzielen lassen, die schließlich doch so etwas wie einen wirklichen Friedenszustand im Gefolge hat.

Ein internationaler Gerichtshof eingesetzt.

Telegraph meldet aus London vom 13. Februar: Der Völkerbundrat beschloß in öffentlicher Sitzung, eine internationale Konferenz zur Besprechung der Finanzkrisis einzuberufen, um die Mittel zu erwägen, diese Krise zu lösen und die wirtschaftlichen Folgen der Krise zu mildern, außerdem sollte der Rat eine Liste von zwölf internationalen Juristen auf, die aufgeföhrt werden sollen, ein Komitee zu bilden, das Pläne für einen internationalen Gerichtshof ausarbeiten soll.

Die nächste Zusammenkunft des Völkerbundesrates wird zu einem näher festzulegenden Zeitpunkt in Rom stattfinden. Das griechische Mitglied des Völkerbundesrates erstattete ausführlichen Bericht über die Saar-Beckfrage. Der Rat beschloß, daß das Saarbecken von einer Kommission von 5 Mitgliedern verwaltet werden soll. Für diese Kommission wurden bereits folgende Personen bestimmt: der französische Staatsrat

Kant, der Vorsitzender der Kommission (sic) wird der deutsche Vizepräsident Graf von Koch, der belgische Major Lambert und der Däne Graf Huitfeldt. Auf den Bericht Hyman's über den Status von Danzig beschloß der Rat, Sir Reginald Tower zum Oberkommissar für Danzig zu ernennen und nach Beratung von Vertretern von Danzig eine Verfassung für diese Stadt dem Völkerbundrat vorzulegen. Das spanische Mitglied des Rates erstattete Bericht über Verkehrsfragen, das brasilianische Mitglied über Gesundheitsfragen. Auf den Bericht des japanischen Mitgliedes hin wurde beschlossen, daß die polnische Rasse, Sprach- und Glaubensminderheiten unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden. Balfour erstattete Bericht über die Frage der Neutralität der Schweiz und ihres Austritts zum Völkerbund. Die Schweiz kann infolge dessen unter Beobachtung ihrer bauernden Neutralität dem Völkerbund beitreten.

Was Oberschlesien für uns bedeutet.

N. St. Von polnischer Seite wird mit Recht behauptet, daß das neue polnische Reich ohne den Besitz Oberschlesiens überhaupt nicht existenzfähig sei. Man wird ohne weiteres zugeben müssen, daß diese Behauptung ihre guten Gründe hat, und hier liegt ja auch schließlich der letzte und eigentliche Anlaß dafür, daß man in Paris kurzerhand Oberschlesien die Bestimmung über seine zukünftige staatliche Zugehörigkeit auferlegte. Andererseits steht aber auch fest, daß das deutsche Volk auf das weitere Verbleiben Oberschlesiens beim Reich den allergrößten Wert legen muß, wenn auch leider das Bewußtsein von dieser Notwendigkeit noch heute vielfach nicht so stark ist, wie es unbedingt sein müßte. Es muß alles geschehen, daß dieser Mangel bis zum Tage der Abstimmung ausgeglichen wird und die Erbbedingung dafür ist, daß man sich überall bei uns von dem ungeheuren Wert Oberschlesiens für den deutschen Industrieort vollkommenen Rechnung ablegt. Die oberschlesische Industrie, die hochentwickelte oberschlesische Land- und Forstwirtschaft und der oberschlesische Handel machen diese deutschen Westteile zu einem der wirtschaftlich bedeutendsten Bezirke Deutschlands. Man halte sich vor Augen, daß die Steinkohlenförderung Oberschlesiens das anderthalbfache der Deserdelungslagerung, das Doppelte ganz Südhungarns und, was am meisten interessanter dürfte, ebensoviele wie die Frankreichs betrug. Der Gesamtwert der Bergzeugnisse Oberschlesiens beträgt jährlich rund 933 Millionen, in der oberschlesischen Industrie arbeiten nahezu zwei Milliarden Mark Kapital. Verloren wir Oberschlesien, wie bereits Elzas-Lothringen, so würde der Verlust an Kohle 45 Millionen Tonnen betragen, d. h. beinahe ein Viertel unserer Gesamtproduktion im Geldwert von jährlich 432 Millionen Mark. Deutschland würde aus einem Kohlenausfuhrland ein Einfuhrland werden. Es kommen hinzu die Einbußen, die hinsichtlich der anderen blühenden Industriezweige Oberschlesiens eintreten würden, wie bei der Textilfabrikation, der Benzolgewinnung, der Eisenindustrie, der Zinkergewinnung, Blei-, Zement-, Kalk-, Textil- und Elektrochemie-Industrie. All das zusammengefaßt ergibt die Tatsache: Deutschland, das heute in der Erzeugung der wichtigsten industriellen Rohstoffe nur von den benachbarten Staaten abhört, würde durch Oberschlesiens Verlust zu einem Industrieort zweiten Ranges herabgedrückt. Die deutsche Handelsbilanz würde eine unheilvolle Verschlechterung erfahren. Wir würden beim Einkauf von Lebensmitteln nicht nur vom guten Willen, sondern von der wirtschaftlichen Preisfestsetzung des Auslandes abhängig werden. Und so muß jedermann in Deutschland sich der Tatsache inne werden, daß das Schicksal von Millionen Menschen auf dem Spiele steht, denen die oberschlesische Kohle Licht und Wärme und vor allem Arbeit gewährt.

Der Osten und wir.

N. St. Die unabhängige Sozialdemokratie steht in Rußland ihr Vorbild, das sie zu kopieren eifrig bemüht ist. Es machen sich aber auch anderswo Stimmen bemerkbar, die der Wiederaufnahme von Beziehungen nach dem Osten das Wort reden und zwar werden Handelsbeziehungen gewünscht. Wer unsere Handelsstatistik verfolgt hat, so wie sie vor dem Krieg aussah, der wird wissen, daß unsere Handelsbeziehungen nach dem Osten überaus stark waren und zweifellos im Laufe der Jahre noch weiter ausgedehnt worden wären. Vor dem Krieg stand uns aber die ganze Welt offen, die Welt, die uns heute trotz des wiederhergestellten Friedens, zum großen Teil verschlossen bleibt. Es ist an sich hinsichtlich der Handelsverhältnisse durchaus richtig, daß wir mehr denn je unsere Aufmerksamkeit nach dem Osten richten müssen. Grundsätzlich findet diese Tendenz, sich dem Osten zuzuwenden, deshalb auch keinen Widerspruch. Es erhebt sich nur die Frage, ob es im gegenwärtigen Augenblick schon möglich ist, dauernde Verbindungen mit Sowjetrußland anzuknüpfen. Es wird gesagt, England will seine Führer gleichfalls nach dem Osten austreten und es werden Behauptungen laut, als ob die englische Konkurrenz die deutsche schlagen könnte.